



Medienmitteilung Nr. 1222

Bern, 5. September 2024

Expertenbericht Gaillard: Empfehlungen inakzeptabel

Die von der Expertengruppe unter Leitung von Serge Gaillard präsentierten Empfehlungen zur Aufgaben- und Subventionsprüfung sind aus Sicht der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB inakzeptabel. Ausserordentliche Ausgaben wie die Erhöhung des Armeebudgets müssen durch zusätzliche Einnahmen gegenfinanziert werden und dürfen nicht zur Kürzung oder Streichung demokratisch legitimierter Aufgaben führen.

Die vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe unter der Leitung von Serge Gaillard hat heute ein Sammelsurium von möglichen Massnahmen zur Sanierung des Bundeshaushaltes vorgeschlagen. Aus Sicht der SAB setzen die Empfehlungen der Expertengruppe an der falschen Stelle an. Der Bundeshaushalt wird derzeit durch ausserordentliche Ausgaben stark belastet. Dazu gehören namentlich die Folgen des Krieges in der Ukraine. Anders als die Expertengruppe ist die SAB der Auffassung, dass es sich hierbei um ein ausserordentliches Ereignis handelt und dass somit die damit verbundenen Ausgaben ausserordentlich finanziert werden müssen. Sie dürfen aber nicht zu Lasten anderer, durch Parlaments- und Volksentscheide legitimierte Aufgaben gehen.

Zahlreiche der vorgeschlagenen Massnahmen betreffen auch die Berggebiete und ländlichen Räume. So sollen z.B. die Beiträge an die Regionalpolitik vollständig gestrichen sowie die Beiträge an die Tourismusförderung und an den Strassen- und Schienenverkehr sowie insbesondere den Regionalverkehr gekürzt werden. Bezüglich der regionalpolitischen Massnahmen verweist die Expertengruppe auf den Finanzausgleich. Dank des Finanzausgleichs brauche es keine regionalpolitisch motivierten Massnahmen mehr. Die Expertengruppe verkennt damit, dass der Finanzausgleich und die verschiedenen sektoralpolitischen Massnahmen wie die Regionalpolitik und die Tourismusförderung eine vollständig

unterschiedliche Zielsetzung verfolgen. Dies war bei der Einführung des Neuen Finanzausgleichs im Jahr 2008 auch bewusst so gewollt: mit dem Finanzausgleich sollen die Disparitäten unter den Kantonen ausgeglichen werden, während sektoralpolitische Massnahmen wie die Regional- und Tourismuspolitik auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft abzielen. Die Argumentation der Expertengruppe ist somit bei den regionalpolitischen Massnahmen falsch.

Vollständig gestrichen werden soll zum Beispiel auch die indirekte Presseförderung. Die Vorschläge der Expertengruppe laufen damit in vielen Bereichen aktuellen Entscheiden des Stimmvolkes und des Parlamentes diametral entgegen. Auf Grund einer Parlamentarischen Initiative der ehemaligen SAB-Präsidentin Christine Bulliard Marbach sieht das Parlament derzeit eine zeitlich befristete Erhöhung der indirekten Presseförderung vor. Es darf nicht sein, dass derartige demokratisch legitimierte Entscheide durch Vorschläge einer Expertengruppe ausgehebelt werden. Ebenso wenig darf es sein, dass Lasten einseitig zu den Kantonen verschoben werden. Der Bund ist für seinen Haushalt selber verantwortlich. Es ist nicht Aufgabe der Kantone, den Bundeshaushalt zu sanieren. Eine allfällige neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wird derzeit in einem separaten Paket diskutiert. Für die weitere Diskussionen rund um den Bundeshaushalt erwartet die SAB, dass vor allem über einnahmeseitige Massnahmen nachgedacht wird, um die zusätzlichen Ausgaben gegenfinanzieren zu können.

Für Rückfragen:

- Thomas Egger, Direktor der SAB, Tel. 079 429 12 55